



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksamt Hamburg-Nord

Bezirksamt Hamburg-Nord, Postfach 20 17 44, D - 20243 Hamburg

###  
###  
###  
###  
###

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und  
Umwelt  
Fachamt Bauprüfung

Kümmellstraße 6  
20249 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 04 - 68 07  
Telefax 040 - 4 27 90 - 48 48  
E-Mail [wbz@hamburg-nord.hamburg.de](mailto:wbz@hamburg-nord.hamburg.de)

Ansprechpartnerin: ###

Zimmer ###  
Telefon 040 - 4 28 04 - ###

GZ.: N/WBZ/04404/2015

Hamburg, den 20. November 2020

Verfahren  
Bezug  
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO  
Antrag vom 14.12.2015  
14.12.2015

Grundstück  
Belegenheiten  
Baublock  
Flurstück

###  
417-018  
1399 in der Gemarkung: Hohenfelde

**Aufstellung von 8 Modulhäusern als Notunterkünfte für Flüchtlinge (Regelbelegung 196 Personen)**

### ÄNDERUNGSBESCHEID

**Nummer 1**

**zum Genehmigungsbescheid vom 11.04.2016**

**über die Änderung der Befristung bis zum 31.12.2023**



Öffnungszeiten des Foyers:

Mo 8:00-15:00  
Di 8:00-12:00  
Do 8:00-16:00  
Fr 8:00-12:00

Beratungstermine nach Vereinbarung

Öffentliche Verkehrsmittel:

Kellinghusenstraße U1, U3  
Tarpenbekstraße Bus 22, 39  
Julius-Reincke-Stieg Bus 20, 25

Die Genehmigung vom 11.04.2016 wird folgendermaßen geändert:

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung befristet bis zum **31.12.2023** erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Nach Ablauf der Befristung ist die bauliche Anlage vom Eigentümer oder Verfügungsberechtigten der baulichen Anlage innerhalb eines Monats ohne Entschädigungsansprüche zu beseitigen.

### **Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften**

1. Folgende planungsrechtliche Befreiungen werden nach § 31 Absatz 2 BauGB erteilt
  - 1.1. für das Überbauen der Flächen zum Anpflanzen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
  - 1.2. für das Abweichen von der zulässigen Festsetzung "Fläche für den Gemeinbedarf" mit der Zweckbestimmung Schule für eine soziale Einrichtung als Flüchtlingsunterkunft (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)
  - 1.3. für das Überschreiten der Baugrenze um bis zu 16 m (§ 23 Abs. 3 BauNVO).

### **Begründung**

Der Befreiungstatbestand des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden ist explizit im § 31 (2) Nr. 1 BauGB benannt. Die Abweichungen sind insoweit nach § 31 Absatz 2 BauGB begründet, als diese Nutzung dem Wohl der Allgemeinheit entspricht und diese Abweichung, zumindest temporär, städtebaulich vertreten werden kann und das erkennbar nicht zu einer Kollision öffentlicher Belange mit nachbarschaftlichen Interessen kommt.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Unterschrift

### **Gebühr**

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

### **Weitere Anlagen**

Transparenz in HH

Anlage zum Bescheid  
###

Transparenz in HH

## **Anlage**

### **STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG**

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 3

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nicht reines Wohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 2 Vollgeschosse

Transparenz in HH